

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 43 (1951)
Heft: 1

Artikel: Ein starker Bund braucht gesunde Finanzen
Autor: Bratschi, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353475>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

krampfhaft wie gekünsteltes System von kantonalen Kontingenten den Besitz und die grossen Einkommen zu schonen und die Steuerlast den breiten Volksmassen aufzubürden, und die Vorlage vom 3. Dezember wurde vom Volke gutgeheissen, weil sie einen solchen Versuch bewusst unterliess und durch Fortführung der direkten Bundessteuer wenigstens das Bestreben zeigte, einen gewissen Ausgleich zwischen indirekten und direkten Steuern herzustellen.

Das ist die einzige Erklärung, die wirklich gilt; alles andere sind pure Flunkereien, deren Schiefheit mit Händen zu greifen ist. Wenn darum das «Vaterland» gleichwohl in seinem Abstimmungs-kommentar meinte: «Der Widerstand gegen die direkte Bundessteuer hat sich in diesem Abstimmungsfeldzug als kräftig und tiefgehend gezeigt, nur der nachdrückliche Vorbehalt der nur vierjährigen Bewilligung konnte die Befürchtungen über eine weitere und um so eher dauernde Verankerung für diesmal zurückdrängen», so will uns scheinen, dass es sich hier ausschliesslich um Hindernisse handelte, die sich die Katholisch-konservative Volkspartei durch ihren bisherigen fanatischen Kampf gegen die direkte Bundessteuer selber in den Weg gerollt hat. Jedenfalls erwiesen sich diese, die gerade die Abstimmungsergebnisse der katholischen Kantone zeigen, als keineswegs unüberwindlich. Konnte man somit am Abend des 4. Juni noch verschiedener Meinung darüber sein, was die wuchtige Verwerfung in Wirklichkeit bedeutete, so ist jetzt angesichts der noch wuchtigeren Annahme ein Rätselraten nicht mehr am Platz. Es gibt da nur eine einzige mögliche Deutung: heute und in Zukunft findet vor den Augen des Souveräns nur eine eidgenössische Finanzordnung Gnade, in die eine direkte Bundessteuer eingebaut ist. Dass man allerdings in gewissen Kreisen noch Hemmungen hat, diese Schlussfolgerungen zu ziehen, erscheint durchaus verständlich; aber diese drängt sich nichtdestoweniger für alle auf, die ihre Augen nicht gewaltsam vor der Wahrheit verschliessen. Tatsächlich ist diese Erkenntnis die eigentliche Lektion, die das Volk am 3. Dezember seinen Räten für die Ausarbeitung der Dauerlösung auf den Weg gegeben hat.

Eduard Weckerle.

Ein starker Bund braucht gesunde Finanzen

Nur ein auf gesunden und starken Finanzen aufgebautes Staatswesen, das befähigt ist, soziale Ungerechtigkeiten im eigenen Volk auszumerzen, hat die Kraft, auch Gefahren von aussen abzuwehren, und nur ein solches Staatswesen gibt dem Volk den Willen und den Rückhalt, die nötigen Opfer zu bringen und allen Stürmen der Zeit zu trotzen.

Robert Bratschi.